

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Schriftleitung: u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, Str. Zwingerstr. 16. Ruf 14 574 u. 21 295.  
Postfach - Konto Dresden 2486 / Staatsbank - Konto 674.

Anzeigenpreise: 33 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 36 Pf.,  
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.  
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeichnungsliste der Staatsschuldverwaltung, Gelpflanzen-Verkaufsliste der Staatsschuldverwaltung.  
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 35

Dresden, Donnerstag, 11. Februar

1932

## Der russische Abrüstungsvorschlag.

Belgien stellt sich hinter Frankreich.

Dymans' Rede.

Genf, 11. Februar.

In der heutigen Sitzung der Abrüstungskonferenz sprach als erster Redner der belgische Außenminister Dymans. Die Tendenz seiner Rede ergab sich aus den einleitenden Sätzen: Belgien hat sich in doppelter Absicht auf die Konferenz begeben: mitzuarbeiten an einer internationalen Vereinbarung für die Begrenzung oder Herabsetzung der Rüstungen und zu wachen über seine Sicherheit. Wenn Belgien auch besondere Garantien in dem Rheinpakt findet, so weiß es jedoch, daß jeder Konflikt politische, wirtschaftliche und soziale Verwundungen herbeiführt, unter denen Belgien zu leiden hätte. Belgien will die militärischen Werkzeuge behalten, die ihm zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit im Falle der Bedrohung oder des Angriffes unentbehrlich sind. Dymans sprach seine volle Zustimmung zu den französischen Vorschlägen aus und hob besonders das Verbot der schweren Angriffswaffen, des chemischen Krieges und den Schutz der Zivilbevölkerung sowie die Schaffung einer internationalen Rüstungskontrolle hervor.

Litwinows Abrüstungsvorschlag.

Nach dem belgischen Außenminister sprach der russische Botschafter Litwinow. Er wiederholte den Vorschlag einer allgemeinen Abrüstung, erklärte aber, daß die Sowjetdelegation nicht die Alternative „Rüsten oder Abrüsten“ mache, sondern im Sinne der Abrüstungsvorschläge der Konferenz konkrete Vorschläge für die Abschaffung gewisser schwerer Angriffswaffen. Nach Auffassung der sowjetischen Delegation können die Abrüstungsbedingungen der Völker nicht durch die Stabilisierung oder durch eine unbedeutende Herabsetzung der Rüstungen oder der Militärbudgets erfüllt werden, sondern nur durch ein Mittel zur Vermeidung des Krieges. Die Sowjetregierung habe wiederholt den Vorschlag einer allgemeinen völligen Abrüstung als einziges Mittel zur Abschaffung des Krieges gemacht. Weder die bestehenden Patente und Lizenzen noch die Begrenzung der Rüstungen können den Krieg verhindern.

Die Forderung der Sowjetdelegation lautet: Sicherheit gegen den Krieg. Damit unterliege sich der sowjetische Sicherheitsbegriff dem dem der anderen Delegationen. Viele ver-

binden unter Sicherheit ein Höchstmaß an Aufsicht zur Gewinnung eines aufgezogenen Krieges. Litwinow ging als erster Redner ausführlich auf die französischen Vorschläge ein, lebhaft-verbündlich um zu einer völligen Abrüstung zu gelangen. Die französischen Vorschläge seien nur eine Konkretisierung des Genfer Protokolls, das den Völkern sieben Jahre lang ergebnislos beschäftigt habe. Sich auf dieses Bemühen zu verlassen, würde unter den gegenwärtigen Umständen einen Rückschritt bedeuten, der die Abrüstungsfrage um weitere Jahre oder Jahrzehnte zurückwerfen würde. Ausdrücklich beschäftigte sich Litwinow mit dem französischen Vorschlag einer internationalen Rüstungskontrolle. Der bürge dafür, daß bei dem Vorhandensein des nationalen Epochen eine internationale Rüstungskontrolle nicht im Interesse dieses oder jenen Staates angelegt wird, der sich innerhalb des internationalen Organismus mit Hilfe von Sonderabkommen Einem und Abkommen die Vorkontrollen gesichert habe!

Die Sowjetdelegation sei jedoch nicht in der alleinigen Absicht herbeigekommen ihren Vorschlag einer allgemeinen völligen Abrüstung zu wiederholen oder die Konferenz vor die Alternative zu stellen: Rüstung oder nicht. Die Sowjetdelegation werde bereit sein, jeden Vorschlag zu erörtern, der auf eine Herabsetzung der Rüstungen ausgehe. Die Sowjetdelegation betrachte den Konventionstext als vollkommen ungenügend und werde ihren eigenen Plan einer partiellen Abrüstungsabriegelung vortragen, den sie jedoch lediglich als eine erste Etappe zur allgemeinen Abrüstung betrachte.

Die Vorschläge der Sowjetdelegation für das völlige Verbot der aggressiven Rüstungskategorien blieben auch für die letzte Konferenz in Kraft. Sie umfaßten insbesondere 1. Panzerwagen und schwere weitverbreitete Artillerie; 2. Schiffe mit über 10000 t Wasserverdrängung; 3. Schiffsartillerie mit einem Kaliber von über 12 Zoll; 4. Flugzeugmutter- schiffe; 5. Minenartillerie; 6. schwere Bombenflugzeuge, alle logierenden Fliegerbomben und alle durch Luftfahrzeuge zu befördernde Fernsprengmittel; 7. alle Apparate und Vorrichtungen zum Angriff mit chemischen, bakteriologischen oder Stanzwerkzeugen. Die Sowjetdelegation werde die Gleichberechtigung aller Konferenzteilnehmer und gleiche Sicherheit für alle Länder verlangen.

nach der letzten Verordnung noch rund 37000 ausländische Arbeiter in Deutschland verbleiben, von denen 32000 Inhaber des sogenannten Verweilungsvisums sind, während weitere 5000 auf Grund eines besonderen deutsch-polnischen Abkommens bis 1932 nicht über die Grenzen abgeschoben werden sollten. Würde die einschneidende Verordnung nicht erlassen werden, dann hätte man allerdings mit einem erheblichen Zustrom ausländischer Arbeitskräfte in das Deutsche Reich zu rechnen gehabt.

Weiter finden sich auf der Reichsratsabstimmung die Ausführichte über den Entwurf eines Wechselgesetzes und eines Einfuhrungsgegesetzes dazu sowie über den Entwurf einer zweiten Durchführungsverordnung zur Währungsreform und einer Durchführungsverordnung über die Ablösung der Gebäudeeinkommensteuer. Erwähnenswert ist außerdem der Gesetzentwurf über die Begründung des Beamtenverhältnisses durch besondere Urkunden und die Verordnung über Handelsklassen für Führer, die durch besondere Kennzeichnung dem Konventionen die Befähigung ermöglichen und, ob er inländische frische oder getragene oder ausländische Eier erwirbt.

Ein Stahlschmelz-Verbot. Der belgische Innenminister hat die in Rom erlassene Resolution des „Stahlschmelz-Verbot“ wegen Verleumdung des verstorbenen Reichspräsidenten Oberst und von Mitgliedern der Reichsregierung zum Gegenstand der letzten Landtagsabstimmung am 10. Februar in Rom.

## Vorschläge von Wirtschaftsverbänden gegen die Überfüllung der Hochschulen.

Berlin, 10. Februar

Der Unterrichtsausschuß des Preussischen Landtags hatte sich mit einer Eingabe zu beschäftigen, die Vorschläge des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V., des Bundes angeleiteter Akademiker technisch-naturwissenschaftlicher Berufe e. V. und des Vereins Deutscher Chemiker gegen die Überfüllung der Hochschulen enthielt.

In diesen Vorschlägen wird erklärt, man schätze die Zahl der festangestellten Akademiker aller Fakultäten für das Jahr 1934 heute schon auf 13000. Das bedeute, daß für die Ausbildung von 130000 jungen Staatsbürgern private und öffentliche Mittel in Millionenhöhe nutzlos verwendet würden. Ein Bruchteil dieser Summe würde genügen, Lehraufgaben dieser ungenutzten Leute für einen Teil ihrer Lebenszeit zu lösen. Besonders groß sei die Zahl derer, die sich dem technischen und dem naturwissenschaftlichen Studium widmen. Die Prognostik, daß ein großer Prozentsatz hiervon sich lediglich von dem Glauben leiten lasse, auf Grund des bestehenden Examens leichter eine Einkommensmöglichkeit zu finden. In einem Appell an die Eltern wird betont, daß der allgemeine Grundjahrslehre späterer Generationen das Abitur sei eine Heilspaltung, die zwar auch zum akademischen Studium berechtige, aber nicht dazu verpflichte, aufsehend verloren gegangen sei. Gegenüber der einseitigen Überfüllung der

Ausbildung auf der höheren Schule müsse zur Stärkung des Antriebes für andere Berufswahl darüber geschaffen werden, daß ein ausschlaggebendes volkswirtschaftliches Interesse für Erhaltung und Fortentwicklung der notwendigen Ausbildung in den handwerklichen und gewerblichen Berufen vorliegt. In der starken Überfüllung der Hochschulen und der geringen Ausbildung müsse bald eine Wandlung eintreten für Berufe, die weder ein Abiturientenexamen noch ein akademisches Studium erfordern, dürfte auch in der Praxis kein Nachweis für eine derartige Vorbereitung verlangt werden. Die genannten Verbände traten für diese Auffassung ein und fanden sich dabei in Übereinstimmung mit den Bestrebungen des Reichsinnenministeriums. Es sei vor allem darauf hinzuweisen, daß alle Kreise der Wirtschaft sowie die Reichs- und Staatsbehörden bei Bekämpfung des Berechtigungsdefizits verständnisvoll zusammenwirken müßten. Diese Zusammenarbeit müßte sich auf die Ausschüttung der öffentlichen Fortkommen der Akademiker in der Praxis erstrecken wie auch auf die Herabsetzung von Gehältern, um die Hochschulausbildung zu erleichtern. Nur so könne es gelingen einen hemmungslos weiteren Zustrom zur Oberstufe der höheren Schulen und damit zu den Hochschulen für die Zukunft zu unterbinden.

Auf Antrag des Berichterstatters Dr. Kötzting (Soz.) überwies der Unterrichtsausschuß diese Eingabe dem Staatsministerium als Material.

## Rundgebungen für die Verstaatlichung des Bergbaues.

Berlin, 10. Februar

Auf der Reichstagskonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes (alter Bergbauerverband), die am 7. und 8. Februar hier abgehalten wurde, hielt der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Hase mann, das Hauptreferat über das Thema: „Die Wirtschaftskrisis und der sozialistische Gedanke“. Der Redner führte u. a. aus, daß im Juli 1931 an der Ruhr etwa 25000, in den beiden schließlichen Revieren rund 2500 und in Sachsen etwa 1000 Bergleute abgebaut wurden, während das Ruhrerevire keine Bergleute mehr beschäftigte. 1931 wurden allein an der Ruhr rund 94 Mill. Feiertage eingelegt, nachdem schon im Vorjahr rund 96 Mill. Feiertage eingelegt worden waren. Die im Betriebe befindlichen Arbeiter würden zur höchsten Leistung angezogen, während Hunderttausende arbeitslos draußen stehen. Die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter betrage gegenwärtig nicht einmal die Hälfte der des Jahres 1913, in dem 98000 Bergarbeiter beschäftigt wurden während am 1. Dezember 1931 nur noch 470000 Bergarbeiter beschäftigt wurden.

Der Redner ging dann auf die Weltwirtschaft und die durch die internationalen Währungsbedingungen geschaffene Lage ein. In diesem Zusammenhang wies Hase mann darauf hin, daß der Bergbau eine unverhältnismäßig hohe Auslandverschuldung aufweise, wodurch ihm die von der Regierung erwirkte Einsparung wenig Vorteile gebracht habe. Die Krisenzeit habe die wirtschaftlichen Zielsetzungen der einzelnen Gewerkschaften vereinfacht. Bezüglich seines Verbandes könne er sagen, daß die Freien Gewerkschaften nach wie vor für die Überführung des Bergbaues in die gemeinschaftliche Betriebsform kämpfen würden; die Bahn des Fortschritts sei aber unangenehm und verdrängend. Die Politik des Verbandes gehe dahin, auf sozial- und lohnpolitischen Gebieten das Fortschreiten so weit zu erhalten. Des weiteren sei man darauf bedacht, daß die Sanierung der Wirtschaft nicht durch währungs- politische Experimente versucht werde. Zu der Frage der Reparationen erklärte der Redner, daß es bei der Lage Deutschlands unmöglich sei, weitere Reparationszahlungen zu leisten. Der Beschluß der Reparationsverpflichtungen

und die planmäßige Regelung der Kriegsschuldensfrage würde zweifellos der Weltkonjunktur auf keine Weise gute Dienste leisten. Die Völkerverständigung sei heute im internationalen Leben in einem Programmpunkt geworden, von dessen Erfüllung das wirtschaftliche Schicksal von Millionen wehrfähiger Menschen abhängt, niemand werde sich den Zusammenhängen zwischen Reparationen und Weltwirtschaft verschließen können und niemand könne leugnen, daß die Reparationen der Wiederbelebung der Weltwirtschaft im hohen Maße entgegenwirken.

Es wurden dann einstimmig zwei Entschlüsse angenommen, von denen die erste besagt, daß die monopolisierte Bergbauwirtschaft heute mehr denn je der gemeinwirtschaftlichen Lenkung bedürftig sei, die in ausreichender Weise nur durch Gemeineigentum an den bergbaulichen Gewinnmöglichkeiten und Bodenschätzen ermöglicht werde. In der zweiten wird betont, daß eine Wiederbelebung Deutschlands, die zugleich für die ganze Welt Bedingung ihrer Wiederbelebung ist, die Vereinigung der Reparationen erfordere, wofür die Bergarbeiter laut ihre Stimme erheben.

Eisen, 10. Februar.

Der Gewerbeverein Christlicher Bergarbeiter Deutschlands veranstaltete am Sonntag eine hart besuchte Rundgebung seiner Vertrauensmänner auf dem Ruhrrevier. Der Vorsitzende des Gewerbevereins, Reichstagsabgeordneter Jandusch, wiederholte seine am 10. Januar in der Reichstagsabstimmung nach Verstaatlichung des Bergbaues. Die heute schon praktisch betriebenen Bergwerke hätten gegenüber den privatwirtschaftlich betriebenen Betrieben finanziell günstiger abgezeichnet. Die Überführung des privaten Bergwertes in die öffentliche Hand sei auch heute in einer Zeit schwerer Wirtschaftskrisis möglich. Man könne ja die Bergwerkbefitzer mit einem Betrage entschädigen, der dem heutigen Marktwert der Montanpapiere entspreche. Die Bezahlung könne durch angemessene Verzinsung und ausstehende Obligationen erfolgen. Bei sorgfältiger Verwaltung könnten bestimmt auf den Überschüssen des Betriebes die Summen aufgebracht werden, die für die Einlösung der ausgetretenen Papiere erforderlich seien.

K